



„Aus der tiefen Krise in den Höhenflug –
Wie reformiert man in Skandinavien?“

Eine Veranstaltung der
NORWEGISCH-DEUTSCHEN WILLY-BRANDT-STIFTUNG
und der
DEUTSCH-NORDISCHEN PARLAMENTARIERGRUPPE
IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
Mittwoch, 28. Januar 2004, 18.00 – 21.00 Uhr
Residenz der E.ON AG, Unter den Linden 38, 10117 Berlin

Wolfgang Biermann

Umbau des „Nordischen Wohlfahrtsstaates“

Hintergrundpapier

Die nordischen Länder Finnland, Dänemark, Schweden und Norwegen rangieren in den Bewertungen des Weltwirtschaftsforums als Spitzenreiter der globalen Konkurrenzfähigkeit. Das war nicht immer so. Aber aus den Krisen der 80er und 90er Jahre sind sie als hochentwickelte Sozialstaaten mit hoher Beschäftigungsrate und vorbildlicher Gleichstellungs- und Familienpolitik hervorgegangen.

Das sollte Anlass zu einem Blick auf unsere nordischen Nachbarn sein, die schon vor Jahrzehnten begannen, ihr ursprünglich vom „deutschen Weg“ à la Bismarck abgesehenes Modell zu reformieren. Manche Kommentatoren glauben, das „nordische Modell“ habe sich überlebt. Der dänische Sozialforscher Jon Kvist vergleicht die Debatte über den Nordischen Wohlfahrtsstaat mit der naturwissenschaftlichen Diskussion über die Hummel:

„Die Hummel fliegt im Widerspruch zu jeglicher naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit. In gleicher Weise konnten wir über Jahre hinweg vom bevorstehenden Kollaps des Nordischen Wohlfahrtsmodells lesen und hören, von Auflösungsprozessen in Familie und Gesellschaft, von demographischen Zeitbomben, globalem Wettbewerb und fehlenden Arbeits- und Sparanreizen. ...

Trotz der zahlreichen Untergangspropheten gibt es immer noch das Nordische Wohlfahrtsmodell – die Hummel fliegt doch.“

Die Frage scheint berechtigt, warum das Nordische Wohlfahrtsmodell nicht zu einem Auslaufmodell geworden ist.

Warum die Hummel weiter fliegt

Sozialpolitisch ist es den Nordischen Ländern gelungen, soziale Unterschiede zu mindern und den Schwächsten in der Gesellschaft dadurch zu helfen, dass alle, also auch die „Bessergestellten“ in das System eingebunden werden. Diese Strategie des Nordischen Modells zielt zugleich auf Aktivierung, nicht zuletzt der Frauen, zur Teilhabe am Erwerbsleben, gleich ob als Selbständige oder abhängig Beschäftigte, durch zusätzliche Anreize, Ressourcen und Möglichkeiten.

In **Norwegen** verfolgten die Regierungen seit den 80er Jahren die sog. „Arbeitslinie“, d.h. eine Politik der kontinuierlichen Absprache mit Arbeitgebern und Gewerkschaften auf die Priorität „Erwerbstätigkeit“.

Zu den Mitteln gehörten einerseits mehr Leistungen des Staates, z.B.: Ausbau des vom Staat ab Geburt bezahlten vollen Gehalts auf mindestens 42 Wochen (nur) für Berufstätige, Ganztagsbetreuung in Kindergarten und Schule, Quotenregelungen für Führungspositionen in Parteien, öffentlichen Unternehmen und Verwaltungen, partner- und einkommensunabhängige Mindestrente.

Andererseits zählten zur Aktivierungsstrategie Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitslebens: Steuerreformen, die Anreize für Arbeitstätigkeit der Ehepartner bieten, Senkung der Unternehmenssteuern bei Abschaffung nicht-investiver Abschreibungen, weitgehend unreglementierte Ladenöffnungszeiten, Beseitigung von Hemmnissen zur Flexibilisierung der Arbeit (z.B. Erwerb der einkommensabhängigen Höchstrente



bereits bei 20 von 40 Erwerbsjahren). Die Brundtland-Regierung entwickelte 1992 im Konsens mit den Gewerkschaften die sogenannte "Arbeitslinie" weiter, indem alle gesellschafts- und tarifpolitischen Maßnahmen darauf zu prüfen waren, ob sie Erwerbstätigkeit fördern oder behindern.

In **Dänemark** war es Mitte der 90er Jahre unter Federführung von Finanzminister Mogens Lykketoft gelungen, gemeinsam mit Gewerkschaften, Kommunen und Arbeitgebern eine dezentralisierte Arbeitsmarkt-Aktivierungsstrategie zu entwickeln, die zu einem drastischen Rückgang der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit geführt hat, ohne den Anspruch auf Arbeitslosengeld zu verkürzen oder zu verringern, ihn aber mit Anreizen zur Erarbeitung eines Qualifizierungs- und Arbeitsplans zu koppeln.

Nachhaltigkeit als Reformkriterium

"Nachhaltigkeit", der von Gro Harlem Brundtlands berühmtem UN-Umwelt-Bericht geprägte Begriff, fordert "dauerhafte Tragfähigkeit" als Grundprinzip ein.

Inzwischen hat sogar die Industrie diesen Begriff übernommen, und Dow-Jones hat einen Nachhaltigkeits-Index ("Dow Jones Sustainability Group Index") entwickelt, der die Wechselwirkung zwischen ökologischen, ökonomischen, sozialen und gesellschafts-politischen Faktoren als Indikator für die Zukunftsfähigkeit der Firmen untersucht.

Für die Reformfähigkeit moderner Industriegesellschaften steht ein solcher Index noch aus. Allerdings hat die Europäische Kommission drei Schlüsselbereiche benannt, die nachhaltige Reformen erfordern: der veränderte Charakter der Arbeit, die veränderte Altersstruktur in der Bevölkerung und die neue Balance zwischen den Geschlechtern. Das "Modernisierungsprogramm" der Europäischen Kommission plädiert dafür, die Sozialpolitik als produktiven Faktor anzusehen, der zugleich beschäftigungsfördernd und finanziell tragfähig werden müsse.

Sozialpolitische Maßnahmen haben eine Auswirkung auf die wirtschaftliche Dynamik, die demographische Entwicklung und umgekehrt. Leistungen des Sozialstaates sind nicht nur Kostenfaktoren, sondern können auch als produktive Investitionen wirken.

Die skandinavischen Gesellschaften betrachten Sozialausgaben in erster Linie als "**Investitionen in Humankapital**", wie es der schwedische Sozialforscher **Joakim Palme** formulierte.

Die "Wahl zwischen Karriere und Beruf" finden Frauen in den nordische Staaten eher absurd. Wie der norwegische Sozialwissenschaftler Professor **Stein Kuhnle** berichtet, wünschen weibliche Universitätsabsolventinnen in Bergen "eher drei statt zwei Kinder".

Deutschland hängt bei der Frauenerwerbs- und Geburtenrate eher auf dem Niveau von Italien, Spanien, Portugal und Griechenland, den Ländern, die traditionell am "Hauptverdienermodell" festhalten.

Die nordischen Staaten haben es durch eine Reihe von "aktivierenden" Reformen geschafft, im "nordischen Wohlfahrtsstaat" hohe Sozialleistungen mit einer modernen dynamischen Wirtschaft zu koppeln, begleitet von einem hohen Niveau der Gleichberechtigung ebenso wie einer hohen Geburten- wie Beschäftigungsrate der Frauen.

Ziele der Reformen im Nordischen Wohlfahrtsstaat seit den 60er Jahren

Das "universale" nordische Modell des Wohlfahrtsstaates hatte sich ursprünglich aus dem „kontinentalorientierten Modell des umlagefinanzierten Sozialversicherungssystems“ weiterentwickelt. Seit den 60er Jahren wurden eine Reihe von Reformen eingeleitet, die das "nordische Modell" solidarischer, humaner und volkswirtschaftlich effektiver machen sollten. Diese sollten folgenden Zielen gerecht werden:

- beitragsunabhängige finanzielle und gesundheitliche **Grundversorgung** "für alle";
- Finanzierung des Sozialstaats "durch alle", d.h. **Verbreiterung der Finanzbasis** der Sozialsysteme (u.a. durch Verlagerung auf Steuerfinanzierung, insbes. durch Konsum- und Mehrwertsteuern);
- weitestgehend **eigenständige Existenz jedes Erwachsenen**, d.h. schrittweiser Abbau der familienabhängigen Bedarfsprüfung von Arbeitslosenhilfe oder Rente, bei Ehegattenunterhalt, Ausbildung usw. bis auf wenige Ausnahmen.
- hohe Ausbildungs- und Beschäftigungsquote und damit weitgehende **Gleichstellung** der Frauen.

Diese ehrgeizigen Ziele haben die ökonomische Entwicklung in Skandinavien keineswegs behindert sondern eher gefördert. Die sozialen Systeme sind in allen



nordischen Ländern ähnlich.

Zwei der nordischen Staaten – Schweden und Finnland – haben während der Krisenzeiten der 90er Jahre in relativ kurzer Frist Wirtschaft und Sozialstaat mit Einsparungen, Steuerreform und gewissen Einschnitten, aber ohne drastischen Sozialabbau modernisiert.

Dänemark hat seit Anfang der 90er Jahre vor allem durch eine Aktivierungsstrategie den Arbeitsmarkt selbst im Bezug auf Langzeitarbeitslosen saniert.

Reform des Sozialstaates in Norwegen

Norwegen hatte in den Rezessionszeiten der 80er Jahre die schrittweise Verlängerungen des voll bezahlten Mutterschaftsurlaubs von berufstätigen Frauen auf 42 Wochen bzw. 52 Wochen (80% des Gehalts) eingeführt.

Im Ergebnis hat ein ganzes Paket von Reformen (u.a. Reformen der Renten, der Einkommens- und Mehrwertsteuern, Weiterbildung, der Ladenöffnungszeiten, der Gleichstellungs- und Familienpolitik) in Norwegen zu einem bemerkenswerten volkswirtschaftlichen Effekt geführt, der auf Dauer den finanziellen Aufwand weit übertrifft: Norwegen steigerte die Frauen-Beschäftigungsquote auf 82% aller verheirateten Frauen und die Geburtenrate berufstätiger Frauen auf fast 2,0 in 1999 (Deutschland: 1,3).

Ähnlich sind die Trends in anderen nordischen Staaten. Die Alterspyramide ist damit ein längerfristig geringeres Problem für Beschäftigungs- und Einwanderungspolitik als in Deutschland.

Flexibilität der Arbeit

Untersuchungen beim norwegischen (gewerkschaftsnahen) Institut FAFO zeigen, dass sowohl das „liberal-konservative Modell“ als auch das „nordische Modell“ die „Flexibilität der Arbeit“ fördern, wenn auch mit gegensätzlichen gesellschaftspolitischen Folgen.

Das **liberal-konservative Muster** fördert „Flexibilität durch mehr Risiko“. Durch möglichst begrenzte Sozialleistungen sollen arbeitslose Arbeitnehmer motiviert werden, auch unattraktive Arbeit aufzunehmen. Ein Ergebnis sind u.a. die Erweiterung der Einkommensunterschiede und geringere Bildungs- und Berufschancen für Angehörige der Unterschichten.¹

Das **skandinavische Muster** soll durch hohe Grundversorgung und eine Reihe von Aktivierungsanreizen die Erwerbstätigkeit und Weiterbildung erleichtern. Der/die Einzelne soll zwar motiviert werden, zeitweise auch geringere Einkünfte durch Teilzeitarbeit, Umschulung oder Berufswechsel in Kauf zu nehmen, aber dafür keine längerfristigen Nachteile bei Renten oder anderen Ansprüchen haben.

Dieses Prinzip „**mehr Flexibilität durch mehr soziale Sicherheit**“ wird im Wesentlichen vom gesamten politischen Spektrum der nordischen Staaten akzeptiert.

Die sozialen Kosten für die finanzielle Eigenständigkeit des Einzelnen, und insbesondere der Frauen, zahlen sich durch höhere Flexibilität und Aktivität des Arbeitslebens volkswirtschaftlich aus. Die Beschäftigungsquote ist insgesamt weit höher als im EU-Durchschnitt oder in Deutschland. In Norwegen z.B. sind über 80 Prozent aller Bürger/Innen zwischen 16 und 67 Jahren berufstätig oder in Berufs- oder Weiterbildung, tragen also zum Sozialprodukt bei.

Altersversorgung und Flexibilität der Arbeit

Das norwegische Rentensystem soll Lohnnebenkosten reduzieren und die Menschen flexibler in ihrer Reaktion auf individuelle oder konjunkturelle Bedingungen machen, da sie langfristig kaum Nachteile durch zeitweilig geringere Einkommen, Arbeitslosigkeit oder Teilzeitarbeit haben.

Das System hat folgende Komponenten:

- **Einkommensunabhängige Mindestrente** bzw. „Volkspension“ (derzeit etwa 750 - 850 € pro Person in DK und N) für jeden Einwohner im Rentenalter, unabhängig von Dauer oder Art der Berufstätigkeit.
- **Einkommensbezogene öffentliche Rente** für alle, die mindestens 40 Jahren eigenes Einkommen (gleich welcher Art) von mindestens 20.000 Nok (ca. € 2.500,--) pro Jahr erzielt haben. Für die Höchstrente (66%, derzeit bis zu rund 25.000 € jährlicher Rente) sind in Norwegen die einkommensbesten 20 Jahre, nicht nur die letzten Berufsjahre, entscheidend, während der restlichen 20 Jahre reicht das Mindestein-

¹ vgl.: Olli Kangas, Soziale Unterschiede, Wirtschaftswachstum und die Stellung der Armen 1985-1995, in: Die Nordischen Botschaften Berlin (Hrsg.), Die

Nordischen Wohlfahrtsstaaten - Vorbild oder Auslaufmodell?, Berlin, 25. April 2001.



kommen. Anstelle von Mindesteinkommen reichen bis zu 7 Pflegejahre für Kinder oder Alte. Hierdurch sind die Menschen flexibel bei der Gestaltung der Lebensarbeit, ob halbtags, als 'Familienpfleger', in Ausbildung oder mit kleineren Jobs.

- Eine überwiegend **tarifvertraglich geregelte Zusatzpension**.

Die Finanzierung des Rentensystems

Die einkommensunabhängige Volkspension (Grundrente) und die einkommensbezogene öffentliche (Zusatz-)Rente werden überwiegend aus dem Steueraufkommen bzw. über steuerähnliche Abgaben finanziert. Der Arbeitnehmer bezahlt für die öffentliche Zusatzrente 7,8 % des persönlichen Einkommens in den Fonds der "Folketrygd" ("Volksfürsorge"), der Arbeitgeberanteil an den Sozialabgaben ist regional gestaffelt (14 – 0 %) und wird zusätzlich als Mittel der regionalen Wirtschaftsförderung angewandt, um Anreize für die Schaffung von Arbeitsplätzen in benachteiligten Gebieten zu schaffen.

"Flexibilität der Arbeit" durch Elterngeld

In Norwegen hat jede arbeitende Frau Anspruch auf bezahlten Mutterschaftsurlaub für mindestens 42 Wochen (100 % des Gehalts), 52 Wochen (80 % des Gehalts) oder eine Streckung auf einem "Zeitkonto" bis zu drei Jahre, um zeitweise halbtags mit entsprechendem Zuschuss zu arbeiten. Männer müssen mindestens 4 Wochen des "Mutterschaftsurlaubs" übernehmen. Dänemark, Schweden und Finnland haben analoge Regelungen.

Das an Erwerbstätigkeit gebundene staatlich finanzierte Eltern-Jahresgeld, verbunden mit einem hohen Betreuungsangebot für Kleinkinder und einem flexiblen Rentensystem,

- ermuntert Frauen zur Berufstätigkeit,
- fördert eine hohe Geburtenrate,
- motiviert zur fortgesetzten Integration von Müttern ins Erwerbsleben entsprechend ihrer beruflichen Qualifikation.

Im Ergebnis bleiben gut ausgebildete Frauen mit zwei oder drei Kindern in der Regel in ihrem Beruf tätig und vermeiden eine Dequalifizierung oder Wiedereingliederungsprobleme in Folge von längeren „Hausfrauenphasen“.

„Aus der tiefen Krise in den Höhenflug – Wie reformiert man in Skandinavien“
Berlin, 28. Januar 2004

Die hohen Kosten für vollbezahlten Mutterschaftsurlaub, das Rentensystem und die hohe Grundsicherung zahlen sich volkswirtschaftlich aus: Die Wirtschaft kann für einen flexibleren Arbeitsmarkt leichter und mehr Arbeitsplätze schaffen, mehr Frauen tragen durch flexible Teilzeit oder Vollzeitarbeit zum Bruttosozialprodukt bei.

Wie Joakim Palme berichtet, wird die Aktivierung zur Erwerbsarbeit durch Ganztagsbetreuung in Schule und Kindergarten unterstützt. In Finnland und Schweden gebe es das "Recht des Kindes auf Betreuung" sowohl durch öffentliche Betreuungseinrichtungen als auch durch Zuschüsse zur privaten Betreuung.

Abbau der Arbeitslosigkeit durch „aktivierende“ Arbeitsmarktreform in Dänemark

Die sozialdemokratisch geführte dänische Regierung hatte zur Überwindung der Krise Anfang der 90er Jahre keinen Sozialabbau, sondern zusätzliche „aktivierende“ soziale Maßnahmen eingeführt. "Dennoch" hatte Dänemark die Maastricht-Kriterien übererfüllt.

- Von 1994 bis 1998 ist die Arbeitslosigkeit in Dänemark vom oberen EU-Niveau ins untere Mittelfeld gesunken.
- Die Langzeitarbeitslosigkeit wurde auf das Niveau der 80er Jahre reduziert, d.h. bis 1998 halbiert.
- Der größere Teil der Reduzierung der Arbeitslosigkeit erfolgte mit der Reform 1994-96 und wurde durch die Schaffung von 80.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, davon 65.000 privat, geleistet. (Umgerechnet auf Einwohnerzahlen, wären das in Deutschland 1,07 Millionen neue Arbeitsplätze)

Zu den Rezepten der vom damaligen Finanzminister Mogens Lykketoft entwickelten dänischen Reformen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zählt ein Paket von "passiven" und "aktivierenden" Maßnahmen im Sozialsystem, insbesondere die Arbeitsmarktreform:

Die mehrjährige Bezugsdauer der relativ hohen **Arbeitslosenunterstützung** (bis zu 90 %) wurde an die Verpflichtungen zur "Aktivierung" nach dem "kick-in statt kick-out" Prinzip gekoppelt:

Wolfgang Biermann:
Umbau des Nordischen Wohlfahrtsstaates



- Arbeitslose sind innerhalb einer bestimmten Frist verpflichtet, einen "persönlichen Aktionsplan" mit dem lokalen Arbeitsberater (von den Gewerkschaften gestellt) zu vereinbaren, um ihre Arbeitslosenunterstützung zu behalten; der Aktionsplan enthält individuelle Qualifizierungsprogramme und verpflichtet z.B. zur Teilnahme an regionalen Job-Pools des öffentlichen Sektors (Umwelt, Nahverkehr, Erziehung, Gesundheitswesen, Bau usw.). Jugendliche ohne Ausbildung können bis zu 18 Monaten zur Ausbildung verpflichtet werden, um weiterhin Arbeitslosenunterstützung zu erhalten.
- Langzeitarbeitslose werden mit den "persönlichen Aktionsplänen" zu bezahlter "Vollzeitaktivierung" (kombinierte Tests, Weiterbildung, Job Training) motiviert.
- Organisatorisches Kernstück der dänischen Arbeitsmarktreform von 1994 ist die Dezentralisierung der Ausbildungs- und Arbeitsvermittlungsprogramme, koordiniert durch **regionale Arbeitsmarkträte**.

Die Arbeitsmarktreform ist eingebettet in **begleitende wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen**, wie z.B.:

1. Steuerreform: Unternehmenssteuer (marginal tax) auf maximal 34 % reduziert, gegenfinanziert zur Hälfte durch eine Arbeitsmarktabgabe, zu 1/4 durch Wegfall der "Abschreibungslöcher" und zum anderen 1/4 durch Ökosteuer ("Grüne Steuer").
2. Als — umstrittener — Preis für höhere Sozialleistungen: Erleichterung der Kündigung von Arbeitnehmern und befristeter Arbeitsverträge: "Dies trägt zur Flexibilität der Arbeit bei, aber verlangt ein gutes System von Sozialleistungen. Es ist deshalb nicht Politik der dänischen Regierung, die Arbeitslosigkeit durch ein Senken der Leistungen an Arbeitslose zu reduzieren" Gemeinsames Statement von Finanz- und Sozialminister im Mai 1996)

Finanzierungsbasis des Nordischen Wohlfahrtsstaates

Auch wenn die Form der Finanzierung der Sozialausgaben unterschiedlich ist, sind –

einer FAFO-Studie zufolge – die Kosten des nordischen und des kontinentaleuropäischen Modells vergleichsweise ähnlich. Bei den Skandinaviern sind hohe Konsumsteuern, z. B. die Mehrwertsteuer (23-25%) eine zentrale Basis des modernen Sozialstaats. Ist eine solch hohe Konsumsteuer fast nicht ein Schlag in das Gesicht der Armen? Der ehemalige dänische Finanzminister Mogens Lykketoft sieht es so: „Die Mehrwertsteuer ist nur dann eine Steuer gegen die Armen, wenn wir die Armen in der Armut lassen. Wenn wir ein hohes Grundniveau für alle sichern, ist die Mehrwertsteuer doch kein Problem. Im Gegenteil: Wer viel konsumiert, und das sind nun mal die Reichen, zahlt auch viel Steuern.“

Der Grundgedanke: Die stärkere Finanzierung des Wohlfahrtsstaates durch Konsumsteuern ist nicht nur für die Staatseinnahmen attraktiv. Sie legt auch einen Teil des Schwarzen Arbeitsmarktes lahm: Wer viel Geld verdient, ob legal oder illegal, will konsumieren. Hohe Konsumsteuern und Luxussteuern treffen auch diejenigen, die weniger oder gar keine Einkommenssteuer zahlen. Der Missbrauch von Einkommenssteuerregeln oder auch von Sozialleistungen z.B. durch Schwarzarbeit wird dadurch unattraktiver. Mit anderen Worten: Über die hohen Konsumsteuern zahlen alle ihren Anteil in das gesamte staatliche Sicherungssystem. Damit zahlen "Reiche" wie "Schwarzarbeiter" einen Beitrag ins System. Die Konsum- und Luxussteuern enthalten eine Reihe ökologischer und anderer Elemente wie hohe Steuern und Abgaben für Privat-PKW, Alkohol, Tabak, Mineralölprodukte, CO₂-Abgaben. Unter der Voraussetzung der hohen Grundversorgung wirkt die Betonung der Konsumsteuer sowohl als ökonomischer Anreiz für alle als auch als Finanzierungsgarantie des Sozialstaats. Sie ist damit in Skandinavien für fast alle politischen Lager akzeptabel geworden.

Fazit

Es lohnt sich, die nordischen Erfahrungen unter dem Aspekt der "Zukunft des Sozialstaats" unter folgenden Gesichtspunkten auszuwerten:

- die Kosten-Nutzen-Wirkung von Einzelreformen (z.B. Kosten von Mutterschaftsgehalt an berufstätige Mütter vs. Nutzen durch Beschäftigungseffekt),



- die dynamischen Wechselwirkungen zwischen Maßnahmen der Finanz-, Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Gleichstellungspolitik,
- die mögliche Übertragbarkeit von bestimmten Reformen oder Prinzipien auf die unterschiedlichen nationalen Bedingungen etwa in Deutschland und Skandinavien.

Reformen sollten nicht nur innerhalb des bestehenden Einzelsystems, sondern in ihrer Wechselwirkung mit verschiedenen Reformmaßnahmen diskutiert werden.

Dazu ein Beispiel zur Wechselwirkung zwischen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Öffnungszeiten und Ausländerintegration:

Norwegen hat positive Erfahrungen mit liberalisierten Ladenöffnungszeiten gemacht. Die hohe Grundversorgung und die einfacherer Erwerbung "hoher" Pensionspunkte macht viele Leute offener für Teilzeitarbeitsplätze, die durch die freien

Öffnungszeiten geschaffen werden.

Zugleich wirken sie integrativ. Statt mit Sozialhilfe verdienen viele Einwanderer-Familien ihren Unterhalt beispielsweise mit bis spät abends geöffneten Läden.

Insgesamt haben die "nordischen Wohlfahrtsstaaten" durch Reformen mehr Arbeitsplätze ohne ernsthaften Sozialabbau geschaffen. Der Sozialstaat finanziert sich nicht überwiegend durch Lohnnebenkosten, sondern durch die Steuern mit einem hohen Anteil an Konsumsteuern und Abgaben aller Einwohner. Das macht ihn vergleichsweise unabhängiger vom wechselnden Grad der Vollbeschäftigung.

In seiner Gesamtheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist es dem Modell des "Nordischen Wohlfahrtsstaates" vergleichsweise gut gelungen, soziale Sicherheit, Humanisierung wie Flexibilisierung der Arbeit und Effizienz der Volkswirtschaft miteinander zu vereinbaren.

Wolfgang Biermann ist Geschäftsführer der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung